

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

SPD und CDU/CSU:

Höhere Steuern und länger arbeiten für weniger Geld

Wir haben nichts anderes erwartet. Nach dem Geschachere um die Posten geht es ans Eingemachte. SPD und Union treiben den Sozialabbau voran. Unter einer künftigen großen Koalition müssen sich die Bürger auf ein höheres Rentenalter und Steuererhöhungen einstellen, heißt es. „Der Mentalität, früher in Rente zu gehen, soll grundsätzlich entgegengewirkt werden“, sagt SPD-Münsterfering. Man greift sich an den Kopf - ein 47jähriger bekommt keine Arbeit aber das Rentenalter soll bis 67 angehoben werden.

Die nächsten Jahre wird es wahrscheinlich keine Rentenerhöhungen geben. Aber munter werden in dieser Zeit die Lebenshaltungskosten steigen.

„Solidaritätsabgaben“ bis zu 12 Prozent sind im Gespräch. Am Kündigungsschutz wird rumgeknabbert.

Fakt ist: Die wirklich Mächtigen in Industrie und Banken diktieren ihre Vorgaben, den „Volksparteien“ bleibt die Aufgabe der Bevölkerung die neoliberale Rechtsentwicklung so zu verkaufen, dass Widerstand vermieden wird. Frau Merkel bot sich auf dem Industrie- und Handelstag in Düsseldorf an, die Interessen der ökonomisch Mächtigen vorrangig durch ihre Regierungspolitik umzusetzen.

Sogenannte „Sachzwänge“, wie das Haushaltsloch von 35 Milliarden Euro, sollen Einsichten zu weiterem Sozialabbau schaffen. (*Wo wirklich Geld zu holen ist kann man auch in dieser „blickpunkt“-Ausgabe nachlesen.*) Sicher kriegen wir dann noch den „Bundeswehreinsetz im Innern“ und neue Antiterror-Gesetze.

Da ist es gut, auch andere Signale wahrzunehmen. Immerhin die Bereitschaft zum Widerstand wächst. Das zeigen aktuelle Aktivitäten.

Das sind die AEG-Belegschaften, europaweit und jene von Infineon und Alstom-Mannheim, die gegen Arbeitsplatz- und Standortvernichtung kämpfen und auch streiken. Da sind die Beschäftigten im Einzelhandel und im öffentlichen Dienst, bei den Unikliniken in Baden-Württemberg und vom Kabelhersteller Nexans, die gegen Lohnkürzungen, Sozialabbau und Aushöhlung von Tarifverträgen kämpfen und streiken, um nur einige zu nennen. Da war der IG BAU-Kongress, der eine Gewerkschaft zeigte, die aus Erfahrungen gelernt hat: Gegen Kapitalpolitik hilft auf Dauer keine Sozialpartnerschaft, sondern nur Klassenkampf. Hoffnung macht auch: Im Bundestag sitzt jetzt eine starke Fraktion der „Linkspartei“. Es wird jetzt auch in diesem Parlament über andere Politikmöglichkeiten gesprochen werden.

Das wichtigste aber ist, die Menschen dürfen nicht mutlos die neuen Belastungen hinnehmen. Ob sie nun von Berlin von Wiesbaden oder aus unserem Rathaus kommen.

In unserer Stadt gibt es traditionell die DKP/OL in der Stadtverordnetenversammlung und die Monatszeitung „blickpunkt“ die in jedes Haus kommt. Das hat sich immer für die „kleinen Leute“ ausgezahlt. Es wird wichtiger, dass im März 2006 auch in unser Stadtparlament wieder eine starke linke Fraktion einzieht.



Der Waldvernichter war da . . .

. . . und viele waren begeistert. Natürlich ist es interessant, das neue „Meisterwerk der Luftfahrt“, den A380, erstmals zu sehen.

Die meisten, die z.T. von weit her angereist waren, wußten wahrscheinlich nicht, dass man für die Wartungshalle dieses Flugzeuges erneut über 20 Hektar Bannwald abgesägt hat. Viele wußten auch nichts von den Plänen eine weitere Bahn im Norden des Flughafens zu betonieren und dass auch für diesen Neubau hunderte Hektar Wald gerodet werden sollen. Ganz wenige hatten vom geplanten dritten Terminal erfahren und dass sich der Luftverkehr in den nächsten Jahren verdoppeln soll.

Wenn man z.B. in Nordhessen wohnt ist man meist von Krach und Dreck verschont. Da fällt man auch leichter auf Werbesprüche herein, wie: „Der A380 ist leise“, „Der A380 schafft Arbeitsplätze“, „Er hat so viele Sitzplätze, dass weniger Flugzeuge gebraucht werden“.

Alles Blödsinn. Er ist mindestens genau so laut wie andere große Maschinen, am Flughafen werden ohnehin viele Arbeitsplätze wegrationalisiert und es werden mehr kleine Maschinen als Zubringer fliegen, damit die großen A380-Kisten voll werden.

Sicher ist nur eines, wenn die Entwicklung so weitergeht, wird unsere Region unbewohnbar. rh

Es muß gespart werden . . .

... sagt die Große Koalition. In Ordnung! Hier zum Beispiel könnten sie den Rotstift ansetzen:

Beim „Eurofighter“. Gut 15 Millionen Euro kostet jedes der 180 anvisierten Exemplare offiziell. Ohne Bewaffnung. Der „Spiegel“ hat die Gesamtkosten auf 23 Millionen pro Stück geschätzt.

Auf sechs Milliarden werden die Kosten für 60 Flieger vom Typ „A 400M“ geschätzt. Hinter dem Kürzel verbirgt sich das neue Transportflugzeug. Es soll die aus den 60er Jahren stammende „Transall“ ablösen. Jeder der Vögel soll je 20 Tonnen Fracht 7200 Kilometer weit transportieren können (schließlich wird „unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt“, meinte SPD-Struck.).

Sparen können wir uns das Raketenabwehrsystem „Meads“. Sieben Milliarden Euro soll Anschaffung kosten.

Mit über sechs Milliarden, auf zehn Jahre verteilt, soll das neue Computersystem „Herkules“ zu Buche schlagen.

Die 410 Exemplare des neuen Schützenpanzers Puma sind auf „nur“ knapp 3,5 Milliarden Euro veranschlagt. Solche leichten Panzer braucht die Truppe für ihre Kriseneinsätze eher als die schweren Kampfpanzer Leopard I und II. Die Marine hat neue Schiffe und U-Boote bestellt (allein vier der neuen U-Boote kommen auf 1,6 Milliarden Euro.)

Eine Bundeskanzlerin Angela Merkel und ein neuer CDU-Rüstungsminister Jung werden es genau so machen wie die vorgehende Regierung.

Die Effizienz der Bundeswehr, heißt es bei der CDU, müsse „angesichts der wirtschaftlichen Lage unseres Landes mit knappen finanziellen Mitteln gesteigert werden“.

Also, ohne wachsenden außerparlamentarischen Druck wird an dieser Stelle nicht gespart. Wetten? rh

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Sie sind politisch interessiert?
Sie interessieren sich auch für
Kommunalpolitik?

Wollen Sie bei uns mitmachen?
Sie brauchen dabei noch nicht
einmal Mitglied zu werden!
Reden wir miteinander.

DKP - Telefon 23366

AUS DEM KREISTAG

Hartz IV: SPD spricht weiter von „Jahrhundertreform“

Eine große Mehrheit des Kreistags hat jetzt beschlossen, die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit neu zu verhandeln. Der Kreis will in der ARGE das Sagen haben, man will die „Umsetzungsverantwortung“ wahrnehmen.

Die PDS/Offene Liste im Kreistag Groß-Gerau hat das abgelehnt.

Gerd Schulmeyer sagte u.a.: „Im Juli hatte der Kreisausschuss auf meine Frage nach konkreten Arbeitsmarktzahlen aus der ARGE geantwortet: „Die Bereitstellung der Zahlen durch die ARGE ist nunmehr gesichert. Der Kreisausschuss wird ab Herbst 2005 im Ausschuss für Soziales, Jugend, Gesundheit und Sport vierteljährlich berichten.“ In der Ausschusssitzung am 4. Oktober 2005 lag nichts Schriftliches vor, mündlich wurde ebenso wenig vorgetragen. Hier liegt einiges im ARGen. Und bevor nicht endlich, fast ein Jahr nach in Kraft treten des „IV. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ - gemeinhin Hartz IV genannt - ein erster detaillierter Bericht dazu vorliegt, was auf dieser Grundlage im Kreis Groß-Gerau im Interesse der betroffenen Menschen geleistet oder ihnen zugemutet wurde, lehnen wir jede Erweiterung der Kompetenzen und die Übernahme von mehr Verantwortung durch den Kreis zum jetzigen Zeitpunkt ab. Dies um so mehr, als der für das SPD/GRÜNE Auslaufmodell noch zuständige Minister Clement in täglich unerträglicherer Art und Weise den Druck auf die Bezieher von ALG II und Sozialgeld erhöht und nach einem Kabinettsbeschluss jetzt auch noch von den Kommunen Milliardenbeträge aus der Mitfinanzierung von Miete und Heizung zu-

rückfordert. Den Kreis, der laut Aussage des Landrats „bei der Operation sowieso schon draufgelegt“ hat, würde das weitere 9-10 Millionen Euro kosten. Allein deshalb wäre die Kreisverwaltung gut beraten, sich hinsichtlich der Übernahme von mehr Verantwortung zurückzuhalten. Dazurät zurzeit auch der Städte- und Gemeindebund, und das gilt auch für die „Optionskommunen“, zu denen der Kreis gern gehören würde. Da in denen aber wohl auch nichts besser läuft als in unserem Kreis, sehen wir keine Veranlassung, auch nur das geringste Vertrauen in die Umsetzung eines Gesetzes zu setzen, das wir von Anfang an in Zweifel gezogen haben. Bis heute ist von Fall zu Fall bruchstückhaft und meist nur aus der Presse zu erfahren gewesen, was sich in den Job-Centern abspielt, wie es mit „Angeboten“ für die weit über 1.300 Arbeitslosen unter 25 Jahren aussieht, wie und wo mit 1-Euro-Jobs operiert wird, wie es um Förderung und die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Arbeit steht und wie sich Hartz IV auf die Wohnungssituation betroffener Menschen auswirkt. Ich bin davon überzeugt, gäbe es da ermutigende Ergebnisse, Sie würden täglich damit hausieren gehen. Weil dies offenkundig nicht der Fall ist, sollten Sie endlich einmal die konkreten Zahlen aus dem Kreis auf den Tisch legen und darstellen, was bisher getan wurde, was dabei für die Menschen hier im Kreis herausgekommen ist, aber auch, was nicht funktioniert und warum. ...“

Sozialabbau konkret

Seit Oktober gibt es keine „Mütterberatung“ mehr vor Ort. Wer dieses Angebot des Kreisgesundheitsamtes in Anspruch nehmen will, muss jetzt nach Groß-Gerau fahren. SPD/FDP im Kreistag segneten die Streichung des jahrzehntelang bewährten Angebots ab, die der Kreisausschuss veranlasst hatte. Die Einsparung beträgt 7.000,- Euro, hieß es. Ein sozial- und finanzpolitischer Höhepunkt, den sich die Sozialdemokraten besser erspart hätten.

**Herzlichen Dank allen,
die dem »blickpunkt« helfen.
Jeder Euro hilft, die
Zeitung zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-
Spenden-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419
BLZ 50852553**

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



Kein Grund zum Jubel

„Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein. Die Kluft zwischen euch und ihr kann eines Tages so groß werden, daß euer Jubelschrei über irgendeine neue Errungenschaft von einem universalen Entsetzensschrei beantwortet werden könnte.“

Bertolt Brecht: Galilei

Ist man ein „Fortschrittsgegner“, wenn man die Einführung des Riesenflugzeuges A380 mit Stirnrunzeln verfolgt?

Der europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS, die Lufthansa, die Banken und viele Politiker sagen: diese neue Maschine ist der Fortschritt - sie wird gebraucht.

Wer sich mit dem Thema beschäftigt oder direkt an Flughäfen wohnt, kann auch zu anderen Schlussfolgerungen kommen.

Man darf fragen: Brauchen wir demnächst A380-Flüge „in die beliebtesten Shopping-Paradiese der Welt“. „Shanghai 569,- Euro“ etc.

Für diesen Schwachsinn rodet man Wälder - und pfeift auf die Klimakatastrophe. Der größte Teil der dem Flugverkehr zuzurechnenden Folgekosten sind externe Kosten. Klimaschädigende Gase, der Flächenverbrauch, die Lärmschäden, die Gesundheitskosten und vergifteten Flächen gehen nicht in die Ticketpreise ein, sondern werden auf die Gesellschaft und spätere Generationen abgewälzt. Erst auf dieser Basis rechnet sich das Großraumflugzeug. Ob die neue Maschine ein Sicherheitsrisiko ist, wie ein hochrangiger Entwickler der Maschine sagt, können wir nicht einschätzen. Sicher ist nur: Das weltweite Kapital will Profite sehen - koste es was es wolle. Und: „Der Kapitalismus frisst die Erde und das Leben auf!“

R. Hechler

Den Umzug bezahlt der Steuerzahler

Viele Jahre gab es zu Recht Demonstrationen der Friedensbewegung gegen die US-Air-Base. Bei Kriegsbeginn gegen den Irak gab es z.B. tagelange Blockaden und Demos für Frieden und Abrüstung.

Nun verschwindet die Rhein-Main-Airbase. Die USA rangieren ihre Militärstützpunkte in Deutschland um. Die US-Expansion geht jetzt auch in die Länder der neuen Nato-Staaten Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

Die US-Stützpunkte in Deutschland bleiben aber in den meisten Fällen. Die Zahl der stationierten Soldaten, die gegenwärtig 76000 beträgt, sinkt nur unwesentlich. Es gibt heute 74 US-Militärbasen auf deutschem Boden. Deren Funktionsfähigkeit kostet jährlich sieben Milliarden Dollar, eine Summe, die fast zu einem Drittel (27%) aus dem deutschen Etat beglichen wird.

Der Wegzug der Air-Base kostete insgesamt 370 Millionen Euro, davon bezahlte die Fraport 180 Millionen, die Nato 90 Millionen, Frankfurt 30 Millionen. Alles Steuergelder.

Höchste Zeit, dass die „Amis“ mitsamt ihren Atombomben und dem anderen Kriegsgerät ganz verschwinden.

Danke für das Engagement - eine Initiative im Stadtparlament

„Dank für öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen Bannwaldzerstörung“. Unter diesem Betreff hatte der Vorsitzende des Ausschusses gegen Flughafenerweiterung, Gerd Schulmeyer, einer Anregung aus dem Ausschuss folgend einen Dringlichkeitsantrag für die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und alle Fraktionen gebeten, diesen als gemeinsamen Antrag zu übernehmen.

SPD/FDP und CDU sahen keine Dringlichkeit. Darüber hinaus wurde Anstoß an der Form der Einbringung genommen. Der Antrag kam nicht auf die Tagesordnung. Jetzt liegt er der Stadtverordnetenversammlung als gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die

Grünen und DKP/Offene Liste vor. Im Antrag heißt es u.a.: „... Die Fraport AG lässt die Fläche für den Bau der A 380-Halle roden. Dass dies zeitgleich mit dem Beginn der Erörterung im Planfeststellungsverfahren für den geplanten Ausbau des Flughafens Frankfurt Main ... geschah, empfinden viele als gezielte Provokation der vom Flughafenausbau unmittelbar betroffenen Menschen.“

Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf bedankt sich ausdrücklich bei den Mitgliedern der Umweltorganisation ROBIN WOOD, die Bäume im Bannwald besetzten und damit weit über die Grenzen der Region hinaus diesen erneuten Raubbau an

geschütztem, lebensnotwendigem Wald bekannt machten.

Die Stadtverordnetenversammlung bedankt sich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit Demonstrationen und Kundgebungen schützend vor den Wald stellten, ihr Unverständnis und ihren Protest vor Ort äußerten. Der Dank schließt die örtliche Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung und die Kirchengemeinden ein, die diesen Protest organisierten und zu Kundgebungen aufriefen. Diese Proteste sind auch deshalb wichtig, weil schon bald weitere Rodungen drohen. Wir hoffen und wünschen, dass unser gemeinsames Engagement im Parlament, auf juristischer Ebene und im außerparlamentarischen Bereich gegen weitere Umwelterstörung in unserer hochbelasteten Region letztlich Erfolg haben werden.“

PARLAMENTS-NOTIZEN

Stadtbus zu Einkaufsmärkten

Auf Antrag der DKP/OL wird der Magistrat beauftragt, unverzüglich mit der LNVG die Möglichkeit der Einrichtung einer Stadtbuslinie zu prüfen, um insbesondere die Einkaufsmärkte besser an den öffentlichen Nahverkehr anzuschließen.

DKP/OL fragt nach Sozialwohnungen

Unsere Anfrage zu den Sozialwohnungen in der Stadt hat vor allem eins deutlich gemacht: Die Verwaltung weiß nicht, wie viele Wohnungen aus der Sozialbindung herausgefallen sind und „privatisiert“ wurden. Auch nicht bei den Baugesellschaften wie der Baugenossenschaft RIED, bei denen die Stadt Anteile hält und die sie mit viel Geld fördert. Deshalb haben wir da jetzt noch mal nachgefragt.

Stadtmarketingbeirat einladen

Unser Antrag, nach der Kündigung der Stadtmarketingbeauftragten auf eine erneute Besetzung der Stelle bis auf weiteres zu verzichten, wurde erwartungsgemäß von SPD/FDP und CDU abgelehnt. Der Bürgermeister hatte die Stelle ohnehin schon neu ausgeschrieben. Die Neubesetzung wird allerdings noch auf sich warten lassen.

In der Begründung des Antrags der DKP/OL stand u.a., „der Magistrat wäre aus unserer Sicht gut beraten, nach allen Erfahrungen in der Sache erst mal eine längere „Denkpause“ einzulegen und andere Wege der Kommunikation mit Handel und Gewerbe zu suchen.“ Das halten wir in vollem Umfang aufrecht und haben den Bürgermeister jetzt aufgefordert, unverzüglich den Stadtmarketingbeirat einzuladen. Wir wollen über die Situation und die weitere Arbeit des Beirats sprechen, der seit April nicht mehr getagt hat. Wenn es dem Bürgermeister mit „Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing“ ernst ist, sollte er die im Juli angekündigte „Überbrückung“ der für ihn unerfreulichen Situation durch die Verwaltung endlich veranlassen. Wir erwarten

eine Sitzung im November, zumal der Beirat durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auch gebeten ist, zum Thema „Stadtbus zu Einkaufsmärkten“ Stellung zu nehmen. Das ist sicher auch im Sinne des SPD-Fraktionsvorsitzenden, dem - wie man lesen konnte - der Haushalt 2006 vor allem wegen lokaler Aktivitäten rund um die Fußball-WM sehr am Herzen liegt. Denn bevor man Geld ausgibt, sollte man wissen, wofür. GS

SPD/FDP und CDU gegen Radweg

Die DKP/OL hatte beantragt, dass sich der Magistrat für einen Radweg an der L 3113 (Straße nach Gräfenhausen) einsetzt, damit für die Radfahrer auf dieser Strecke endlich mehr Sicherheit gewährleistet ist. SPD/FDP und CDU haben das abgelehnt.

Vorerst kein/e Behindertenbeauftragte/r

Die DKP/OL hatte beantragt, den Magistrat zu beauftragen, unverzüglich die Stelle einer/s ehrenamtlichen kommunalen Behindertenbeauftragten auszu-schreiben und zu ihrer/seiner Unterstützung die Bildung eines Beirats zu veranlassen. SPD/FDP und CDU war das nicht „konkret“ genug und sie wollten dem nicht zustimmen. Wir haben deshalb den Antrag zurückgezogen und werden ihn konkret neu einbringen.

„Denen werd' ich's zeigen!“

Diese Trotzreaktion als Wahlkampf-taktik war wohl Auslöser für Brehls Entscheidung, die „flexiblen Betreuungszeiten“ in den Kindergärten aufzuschieben. Das neue Betreuungsmodell beschlossen die parlamentarischen Gremien. Der Rathauschef versprach, das „kostenneutral“ (d.h.: gleiche Einnahmen für die Stadt) umzusetzen. Doch nun verweigert er sich dem Parlament. Eigentlich eine undemokratische Verfahrensweise. Oder leben wir schon im absolutistischen Königreich?

Brehl will die betroffenen Eltern in den Wahlkampf hineinziehen nach dem Motto: Seht diese verantwortungslose Opposition! Dabei haben die drei Oppositionsparteien nur die Beschlusslage (drastische Erhöhung der Kita-Gebühren) der Minderheitsregierung korrigiert, die diese bei einer zufälligen Mehrheits-situation fällte.

Es ist zu vermuten, dass die Kitagebühren nach dem neuen flexiblen Betreuungsmodell weitere finanzielle Belastungen für die Eltern bereit hält. Den Ärger will sich Brehl im Wahlkampf ersparen. R. D.

Marketingbeauftragte (zum 4.)

Es ist der vierte Anlauf, den Brehl innerhalb von gut zwei Jahren startet, um mit einem Marketingbeauftragten der örtlichen Wirtschaft „auf die Sprünge“ zu helfen. Wir sind sehr skeptisch ob die Stelle irgendwas bringt und forderten eine Bedenkzeit.

All die gebetsmühlenartig vorgetragenen Argumente für die dringend benötigte Schaffung einer solchen Stelle greifen nämlich wenig. Wenn jede Kommune im Umland, die Landkreise und Regionen gleichzeitig um Ansiedlung und Förderung der Wirtschaft buhlen, hebt sich die Maßnahme auf.

Nachdem der erste „Marketingbewerber“ kurz vor seinem Arbeitsantritt absagte, der zweite nach der Probezeit das Handtuch warf, hielt es die dritte Person auf dem Posten gut ein Jahr aus.

Jetzt ist die Stelle erneut ausgeschrieben und jetzt will man noch gründlicher auswählen.

Weil man sich das im Rathaus aber nicht zutraut oder sich eine Schuld für einen weiteren Fehlgriff nicht aufladen möchte, will man (na was denn sonst) ein externes Büro dafür engagieren. „Das kostet aber auch noch ein paar Euro!“

Es wäre für die Bürger sicher interessant zu erfahren, was die Planstelle und die Auswahlverfahren bisher gekostet haben.

... und natürlich darf man auch die Frage nach nach dem Nutzen stellen. rh

Verzögerungstaktik bei der geplanten Sporthalle

Seit Jahren kümmert sich die DKP-Fraktion darum, dass die Wünsche der Vereine auch im Stadtparlament Gehör finden. Der Mangel an Sporthallenplätzen, in vielen Gesprächen mit den Vorständen und Übungsleitern von Vereinen beider Stadtteile konkretisiert, ist bereits in vielen Kommunalwahlprogrammen der DKP beschrieben. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Bürgermeister-Klingler-Schule wurden zwei Anträge der DKP vom Dezember 2002 und April 2005 vom Parlament beschlossen, die von der Stadt positive Unterstützung verlangen, damit anstelle der vom Kreis geplanten Einfeldhalle mindestens eine Zweifeldhalle gebaut wird. In fünf Ausgaben des „blickpunkt“ wurde seit Juni 2002 darüber berichtet, wie groß der Mangel an Sporthallenplätzen bei allen sporttreibenden Vereinen unserer Stadt ist. Es wurde aufgezeigt, dass in einigen Abteilungen bereits Aufnahmestopp bzw. Wartelisten bei Kindern und Jugendlichen bestehen, dass Gruppen schon auswärts trainieren und neue Gruppen z. B. für altersgerechte Senioren-Gymnastik nicht gebildet werden können. Da der Kreis und die Stadt wegen „knapper Kassen“ nicht gewillt waren, eine größere Halle zu bauen, obwohl das Baugrundstück dies zulässt, ist die SKV-Mörfelden in Anbetracht der Mangelsituation bereit, selbst als Träger für den Bau einzuspringen, unter der Bedingung, dass der Kreis den Betrag zuschießt, den der Bau der kleinen Halle verursacht hätte und ihr die üblichen Zuschüsse der Stadt und des Landes zufließen. Seit Sommer diesen Jahres ist der Stadt und dem Kreis die Bereitschaft der SKV bekannt, jedoch zu konkreten Ergebnissen ist es bisher noch nicht gekommen. Seit acht Wochen wartet der Vorstand des Vereins auf den Termin für eine Zusammenkunft. Es hat den Anschein, dass hier Verzögerungstaktik im Spiel ist. Vermutlich denken Bürgermeister und Landrat: „Solange die Sache hingeschoben wird, fallen für die Stadt und den Kreis auch noch keine Kosten an.“ Aber die Zeit drängt, die alte Halle ist total marode und muß abgerissen werden. Bereits im September 2001 berichtete die „Frankfurter Rundschau“, dass bei der Schadstoffuntersuchung im Boden-

belag Asbestfasern gefunden wurden. Die Vereine wollen und müssen sich dem gesellschaftlichen Strukturwandel und den veränderten Bedürfnissen vieler Menschen stellen. Bessere Bedingungen d. h. genügend Hallen- und Sportplätze sowie Vereinsheime aber auch genügend finanzielle Zuschüsse durch die Kommunen helfen ihnen dabei. Sie bringen den Vereinen mehr Mitglieder und somit mehr Einnahmen wodurch sie auch ihre Vereinsbeiträge für „Jedermann“ erschwinglich halten können. Andererseits trägt die verstärkte sportliche Betätigung der vielen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen auch zu Einsparmöglichkeiten im Gesundheitswesen bei.

Auch in „komplizierten Zeiten“ müssen die Gemeinden dankbar dafür sein, dass es in den Vereinen das große ehrenamtliche Engagement gibt. Dort wird in der Betreuung und Anleitung der vielen Kinder und Jugendlichen im wahrsten Sinne praktische Sozialarbeit geleistet, zu der die Städte allein nicht in der Lage wären. Heinz Hechler

De Luxe



Der stellvertretende Bremer CDU-Bürgermeister und Wirtschaftssenator Peter Gloystein schüttete am 12. Mai 2005 bei der Eröffnung eines Weinfestes einem Obdachlosen eine Flasche Sekt über den Kopf.

Dazu sagte er: „Hier hast du auch etwas zu trinken“. Er musste danach zurücktreten.

In unserer Region verhöhnt man die Arbeitslosen noch nicht ganz so schlimm. Aber auch hier gibt es natürlich Luxus.

So wird für eine „DeLuxe-Ausstellung“ in Mainz am Rathausplatz Mörfelden geworben. Dort können Hartz-IV-Empfänger mal sehen, was es für 5 Euro am Tag so alles zu kaufen gibt.



AKTION TOLERANZ in Mörfelden- Walldorf



Am 9. November 2005 veranstaltet die Aktion Toleranz eine Kundgebung zum Gedenken an das Pogrom am 9. November 1938. Sie findet um 18 Uhr am Gedenkstein in der Langgasse in Mörfelden statt.

In diesem Jahr steht vor allem das Schicksal der von den Nazis verfolgten und ermordeten Kinder im Mittelpunkt. Edith Erbrich, die im Alter von 7 Jahren zusammen mit ihrem Vater und ihrer 4 Jahre älteren Schwester in das Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt und am 7. Mai 1945 von der Sowjetischen Armee befreit wurde, wird zu den Kundgebungsteilnehmern sprechen.

Am 10. November 2005 wird ebenfalls um 18 Uhr im Walldorfer Rathaus eine Ausstellung mit dem Titel „Kinder aus Theresienstadt – Zeichnungen, Gedichte, Texte“ eröffnet, die dann bis zum 30. November zu den Öffnungszeiten des Rathauses zu sehen sein wird.

Die vom Frankfurter „Studienkreis deutscher Widerstand“ erarbeitete Ausstellung zeigt Faksimiles von Kinderzeichnungen sowie Gedichte und Texte, die im Konzentrationslager Theresienstadt entstanden sind. Von den etwa 4000 erhaltenen Bildern und Zeichnungen wurden 33 ausgewählt und mit Texten ergänzt. Das KZ Theresienstadt mussten etwa 11000 jüdische Kinder unter 15 Jahren erleiden. Sie kamen aus der ehemaligen Tschechoslowakei, aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Dänemark und Polen. Den Tag der Befreiung erlebten in Theresienstadt 2440 Kinder. Bei der Eröffnung wird Edith Erbrich ebenfalls anwesend sein und über ihre Erlebnisse in Theresienstadt berichten.



. . . und Tschüss!

Früher meinten viele Leute, man muß SPD wählen, wenn für die „kleinen Leute“ was herauskommen soll.

Die Zeiten sind vorbei.

Bundeskanzler Schröder wollte mal die Arbeitslosigkeit auf zwei Millionen senken. Heute sind fünf Millionen ohne Arbeit. Wir bekamen die Hartz-Gesetze, müssen 10 Euro beim Arzt bezahlen und werden auf allen Ebenen abgezockt.

Die Schwarzen hätten es sicher genau so gemacht.

Keiner will an die Profite der Superreichen, keiner will die teuren Bundeswehrauslandseinsätze beenden, alle unterstützen die weitere Aufrüstung der Bundeswehr. Ob man also SPD, CDU/CSU oder FDP und Grüne wählt ist ziemlich egal.

Im Bundestagswahlkampf 2005 hatten SPD und Grüne auf „Weiter so!“ gesetzt. Sie haben dafür ebenso wenig eine Mehrheit bekommen wie CDU und FDP mit ihrem Konzept des beschleunigten Sozialabbaus.

Schröder war gestern noch der Spitzenmann. Am Wahlabend in der Fernsehsendung „Berliner Runde“ machte er große Sprüche, die ihn und seine SPD weiter in Mißkredit brachten: *„Niemand außer mir ist in der Lage, eine stabile Regierung zu bilden“*, gab er sich selbstbewußt, und

spuckte große Töne: *„Glauben Sie im Ernst, dass meine Partei auf ein Gesprächsangebot von Frau Merkel in dieser Sachlage eingeht, in dem sie sagt, sie möchte Kanzlerin werden? ... Wir müssen die Kirche doch mal im Dorf lassen.“*

Jetzt ist er weg vom Fenster, Frau Merkel kommt und die SPD geht mit der CDU. Für einen Politikwechsel spricht das nicht.

Trotzdem meinen einige immer noch, man muß SPD wählen, wenn für die „kleinen Leute“ was herauskommen soll. Die Sprüche werden wir jetzt sogar noch häufiger hören, denn am 26. März 2006 ist Kommunalwahl.

Und es wird auch hier wieder „Spitzenmänner“ geben mit ihren Sprüchen. Es gibt aber auch hier die „kleinen Leute“, die letztlich alles ausbaden sollen. Sie sollten am 26.3. links wählen.

Die Mauer muss weg!

Es stand auf ein und demselben Stück Papier, auf den Seiten vier und fünf der Süddeutschen Zeitung vom 30. September: 239 Menschen starben an der deutsch-deutschen Grenze stand auf Seite fünf, weit über 2000 Menschen sterben jedes Jahr bei dem Versuch in die EU zu gelangen war auf Seite vier zu lesen.

Was wurde in den siebziger und achtziger Jahren über die bösen Kommunisten geschimpft, die an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten auf Flüchtlinge schossen. Hier zeigt der Kommunismus sein böses Gesicht – so wurde es in der Westpresse immer dargestellt. Natürlich ist jeder einzelne dieser 239 Todesfälle eine schlimme Tragödie und kein Mensch käme auf die Idee das Einsperren von Menschen durch eine Mauer gutzuheißen. Eine Sache allerdings sollte uns stutzig machen: Während die deutsch-deutsche Mauer längst düstere Geschichte ist, sind Grenzzäune und Schüsse auf Flüchtlinge brandaktuell.

Ceuta und Melilla sind kleine Hafenstädte an der afrikanischen Mittelmeerküste, die politisch zu Spanien gehören. Weil Afrikaner, die es einmal auf spanisches Hoheitsgebiet geschafft haben, eine gewisse Chance haben, in die EU einreisen zu dürfen, würden natürlich viele

bitterarme Flüchtlinge sehr gerne in diese beiden Orte reisen. Dürfen sie aber nicht. Die Länder der EU, also in der Kalten-Kriegs-Sprache die Guten, haben um jede der beiden Städte die Grenzen mit zwei Zäunen von drei bis sechs Metern Höhe und reichlich Wachtürmen verstärkt. Die Flüchtlinge sind nicht willkommen, sie müssen draußen bleiben. Trotzdem versuchen in jedem Jahr Hunderttausende nach Europa zu gelangen. Viele wollen dazu über die spanischen Zäune klettern, was nur den Allerwenigsten gelingt. Seit Ende September haben sie neue Methoden entwickelt, rennen zeitgleich in Massen zu den Zäunen, damit es wenigstens ein paar schaffen. Die spanischen und marokkanischen Grenzschräuber setzen seitdem Hubschrauber und Gummigeschosse ein, mindestens ein Dutzend Menschen – darunter ein Baby – wurden innerhalb einer Woche entweder erschossen oder zu Tode getrampelt.

Wie verzweifelt muss ein Mensch sein, um sich auf den tausende Kilometer weiten Marsch von – sagen wir – Uganda durch die Sahara bis nach Marokko zu machen, nur um dort die so unglaublich geringe Chance zu haben unter Lebensgefahr ein Land zu erreichen, in dem er (oder sie) nicht erwünscht ist und ständig mit Nazi-Attacken oder Abschiebung rechnen muss? Welche Zukunft sieht eine Mutter für ihr Baby, wenn sie bereit

ist, beim Ansturm auf einen Grenzzaun ihr Leben und das ihres Kindes aufs Spiel zu setzen?

Die Gründe für die bittere Armut in Afrika sind bekannt. Die Konzerne und Regierungen aus Deutschland und anderen Industrieländern legen die Grundlagen für das Elend: Die Konzerne schicken Waffen für die Bürgerkriege; Die Regierungen zahlen immer noch viel weniger Entwicklungshilfe, als sie von den armen Ländern an Kreditzinsen bekommen; durch sogenannte Hilfslieferungen, Saatgutpatente und subventioniertes EU-Getreide können die afrikanischen Bauern nicht mal im eigenen Land Käufer finden. Die Folge: Die armen Länder bleiben erpressbar – so ist es politisch auch gewollt.

40 Millionen Euro Soforthilfe hat die Europäische Union wegen der Flüchtlings-Katastrophe an ihrer Grenze sofort zugesagt. Der Menschenfreund atmet auf. Gibt es jetzt Wasser und Zelte für die massenhaft in die Wüste abgeschobenen Flüchtlinge? Blödsinn und Träumerei: Das Geld wird für eine dritte Zaunlinie ausgegeben. Am Fuße dieses Zaunes werden wieder Stacheldraht-Rollen befestigt. Wer rüber machen will, kann sich da dann aufschlitzen lassen.

Hier zeigt der Kapitalismus sein böses Gesicht. So wird es zwar in der Westpresse *nicht* dargestellt – aber so ist es!

ohl

Gaspreise steigen weiter - der Widerstand wächst

„In immer kürzeren Abständen erhöhen die Gasversorger ihre Rechnungen. Doch eine wachsende Zahl von Kunden weigert sich, den kruden Argumenten der Quasimonopolisten zu folgen - und zahlt einfach weniger. Eine neue Bürgerbewegung formiert sich.“ So schrieb der „Spiegel“ voll Sorge kürzlich unter der Überschrift „Ziviler Ungehorsam“. Und die „Financial Times Deutschland“ witterte am 4. Oktober gar eine „Graswurzelrevolution“, weil auch die ersten Stadtverwaltungen die Zahlung unbilliger Preiserhöhungen verweigert haben. Unbeeindruckt drehen die großen Gasversorger weiter an der Preisschraube. So hat der Energiekonzern EnBW zum 1. November eine Erhöhung der Gaspreise um weitere zehn Prozent beschlossen. Eine darüber hinaus gehende Preiserhöhung im ersten Quartal 2006 sei nicht ausgeschlossen. Auch E.on, RWE und andere Gasimporteure wollen folgen. Und die meisten Stadtwerke lenken die Preislawine auf die Endverbraucher um, anstatt ihren eigenen Widerstand gegen das Preisdiktat und langfristige Knebelverträge zu entwickeln. Die Heiz- und Stromkosten sowie Aufwendungen für Kraftstoffe kletterten für Privathaushalte in den Jahren 1998 bis 2003 um mehr als 25 Prozent.

Angesichts der neuen Preisrunde bei Gas und Strom raten Verbraucherorganisationen zum Zahlungsboykott. Rund 500 000 von insgesamt 17 Millionen Gasverbrauchern sollen bereits die Zahlung von Preiserhöhungen verweigern.

Sehr lesenswert

Wochenzeitung der DKP
Probeexemplare:
Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
e-Mail: NeueImpulse@aol.com



Kein einziger sei bisher zur Zahlung des vollen Gaspreises verurteilt worden, so der Bund der Energieverbraucher. Ein Boykott sei der einzige Weg, sich sofort gegen überhöhte Preise zu wehren, meint sein Vorsitzender Aribert Peters. Vorher sollten die Verbraucher unter Berufung auf § 315 BGB schriftlich die "Unbilligkeit" der Preiserhöhung erklären. Dieses Recht habe auch der Bundesgerichtshof bestätigt. "Dann darf ihnen das Gas auch nicht abgeklemmt oder eine diesbezügliche Drohung zugestellt werden." Die Belastungsgrenze ist auch für Haus&Grund-Präsident Rüdiger Dorn erreicht. Er sprach sich erneut für eine Reduzierung der Umsatzsteuer bei Heizöl, Strom und Gas von 16 auf 7 Prozent aus. Energie sei ein "lebensnotwendiges Verbrauchsgut" für alle Haushalte, von denen der Großteil nicht auf andere, vielleicht billigere Energieformen oder Anbieter ausweichen könne. Wie man sich richtig wehrt:

1. *Teilen Sie Ihrem Gasversorger schriftlich per Fax, Einschreiben oder durch persönliche Übergabe mit, dass Sie die Preiserhöhung mit Hinweis auf § 315 BGB als "unbillig" beanstanden.*

2. *Widerrufen Sie Ihre Einzugsermächtigung und zahlen Sie die monatlichen Abschläge per Dauerauftrag oder Überweisung in der alten Höhe. Oder maximal zwei Prozent mehr.*

3. *Geben Sie bei der Überweisung genau an: "Abschlag Monat ... nach alten Preisen." Sonst besteht die Gefahr einer Nachzahlungsforderung zum Jahresende.*

4. *Nehmen Sie eine Gassperredrohung ernst: Wenn das Versorgungsunternehmen mit der Einstellung der Gasversorgung droht, informieren Sie den Bund der Energieverbraucher und gehen Sie zum Amtsgericht, um eine einstweilige Verfügung für die Weiterbelieferung zu erwirken. Dazu brauchen Sie keinen Anwalt.*

5. *Halten Sie sich über die aktuelle Entwicklung auf dem Laufenden, aus der Presse und besser bei Bürgerinitiativen und deren Internetseiten.*

Musterbriefe, Flugblätter und wichtige Infos für den Protest gegen unangemessene Erhöhungen der Gas- aber auch der Strompreise findet man unter folgenden Internetadressen:

www.gaspreise-runter-owl.de
www.gaspreise-runter.de
www.energieverbraucher.de



... und da heißt es immer: „In Zeiten knapper Kassen“

Die deutsche Marine erhält das modernste Unterseeboot der Welt. Die U-Boote U31 und U32 der neuen Klasse U212A, die am 19. Oktober der deutschen Marine in Eckernförde übergeben werden, können mehrere Wochen unter Wasser bleiben.

Planung und Konzeption der U-Boote begannen gegen Ende des Kalten Krieges. Heute ist eine „Bedrohung“, wie man sie damals sah, weit und breit nicht in Sicht.

Trotzdem wurden die High-Tech-U-Boote von den Howaldtswerken-Deutsche Werft (HDW) und der Firma Thyssen-Nordseewerke weitergebaut. Sichere Profite für die Rüstungsindustrie.

Die deutsche Marine hat bei den beiden Werften bis 2007 vier der neuen Unterseeboote bestellt. Auftragswert: 1,6 Milliarden Euro.

Lebendige Geschichte

Die israelische Stiftung Yad Vashem ehrte Wilhelm Hammann, den ehemaligen Groß-Gerauer Landrat und KPD-Abgeordneten im Landtag des Volksstaates Hessen, mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“. Eine Ehrung - für das offizielle Israel selbstverständlich - ist im Kreis Groß-Gerau auch heute noch ein Problem.

Der „blickpunkt“ hat deshalb eine Broschüre herausgebracht, damit Wilhelm Hammann nicht in Vergessenheit gerät.

Für 3 Euro + Versandkosten erhältlich beim „blickpunkt“, Mörfelden, Hochstr. 22, Tel. 22362.

Stadtgeschichten



Eine fröhliche Runde beim Keltern etwa im Jahre 1919. Es muß an einem Sonntag gewesen sein – vielleicht war es auch am Kerwemontag. Die sieben Helfer mit ihren weißen Schürzen über ihren guten Anzügen sehen nicht gerade aus, als wollten sie dem Wirt groß zur Hand gehen. Anscheinend waren sie nur auf ein Glas „Süsse“ (frisch gepresster Most) aus, das Georg Dammel III., genannt „Gritsche Schorsch“, gerne spendierte. Georg Dammels erstes Lokal „Zum Rosengarten“ befand sich von 1904–1914 an der Ecke Steinweg/Bahnhofstraße, bis er die Gaststätte „Zur Eisenbahn“ in der Bahnhofstraße 19 kaufte und ihr den Namen seines früheren Lokals gab. Nach ihm betrieb sein Sohn, ebenfalls Georg und auch „Gritsche Schorsch“ genannt, die Gaststätte bis zum Jahre 1968. Geselligkeit war beim ersten wie beim zweiten „Gritsche Schorsch“ kein Fremdwort. Viele Geschichten werden heute noch gerne erzählt. Es war schon sehr früh auch das Lokal der Arbeiterbewegung. Dort traf sich die bereits im Jahre 1913 gegründete Arbeiterjugend. Die sieben jungen Männer auf dem Foto waren Mitglieder dieser Jugendgruppe. Die Naturfreunde, die Gewerkschaft und die Kommunistische Partei hatten nach dem letzten Kriege zeitweise dort ihr Domizil. Einige Namen der Personen auf dem Foto sind überliefert. Es waren von links: Konrad Schaffner, Karl Dammel, sitzend Jean Heinecke und ganz rechts der Wirt Georg Dammel sen., in der einen Hand die Holzschaufel, genannt „Gerscht“, und in der anderen den 10-Liter-Holzkrug, genannt „Stütz“, beides für die Apfelweinerstellung wichtige Gerätschaften.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden November 2005:



KuBa

5. November „Ein Abend in der Tiki-Bar“
Konzert mit dem „Endgültigen südhessischen Ukulelenorchester“
Beginn: 20 Uhr
Eintritt: 7 Euro, ermäßigt 5 Euro (inklusive Snack)
Vorverkauf im KuBa
oder unter (06105) 943876

10. November „Rettet das Vinyl“
Schallplattenabend.
Lieder mit dem Anfangsbuchstaben E.
Beginn: 20 Uhr

12. November KHAN Connection #23
„2 Jahre KHAN Connection“
Party-Mix von House über Hip Hop bis Independent.
Beginn: 20 Uhr - Eintritt: 2 Euro

20. November
„Eltern-Kind-Frühstücksbrunch“
Katja und Zinnia Arndt geben bekannte Kinderlieder zum besten. - 9.30 bis 14 Uhr

21. November HörBar:
„Draußen vor der Tür“ (Wolfgang Borchert)
Der Hörbuchabend im KuBa.
Beginn: 20 Uhr

23. November Konzert: Alistair Hulett
Schottischer Folk. - Beginn: 20 Uhr
Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 4 Euro
Vorverkauf im KuBa oder unter (06105) 943876

27. November „Gleis 1“
Chilliger Wochenendausklang.
Mit Snacks und Cocktails. - Beginn: 18.30 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Dem soi Gesischt
guggt unnerm Hut
eraus wie e Maus aus
em Laab Brod.